

RUHRPARLAMENT

WAHLPROGRAMM 2020

Ihre

Erste Wahl

fürs Ruhrparlament.

**Freie
Demokraten**

FDP ins
Ruhrparlament

INHALTSVERZEICHNIS

ORIENTIERUNG UND ÜBERSICHT

1. FÜR EINE STARKE REGIONALE VERTRETUNG MIT MODERNEN STRUKTUREN	5
Direktwahl auch für die Spitze des Verbandes	6
Kommunalrat abschaffen, Ruhrparlament als Stimme der Region stärken	6
Herausforderungen der regionalen Entwicklung	6
2. FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE UND FLEXIBLE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG IN DER REGION	7
Regionalplan als flexibler Rahmen für die Regionalentwicklung	8
Flächenausweisungen im Regionalplan müssen marktfähig und bezahlbar sein	8
Flächen für Gewerbe: Gegen die Platznot im Ruhrgebiet	9
Kommunen bei der Entwicklung von Wohnbauflächen stärken	9
Kiesabbau im regionalen Konsens neu ausrichten	9
Regionale Grünzüge mit den Kommunen diskutieren	10
IGA 2027 als Chance für die Region	10
3. NEUE IDEEN, NEUE CHANCEN UND NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE WIRTSCHAFT IN UNSERER REGION	11
Einrichtung eines „Ruhr Valley“ als Innovationszone Metropole Ruhr	12
Aufbruch zu einer neuen Gründungsdynamik – Gründerzeit.Ruhr	12
Fachkräftemangel in der Region entgegenreten	13
Welcome.Ruhr stärken durch Ausbau eines Lotsensystems	13
„Smart Factory“ als Chance für das Handwerk nutzen	14
Regionale Wirtschaftsförderung stärken	14
4. FÜR EINE DIGITALE OFFENSIVE IN EINER STARKEN REGION	15
Digitalisierung im öffentlichen Raum als Grundlage regionaler Entwicklung	16
Digitalisierung in der Wirtschaft und Verwaltung als Motor der Gesellschaft	16
Gemeinsames Rechenzentrum für die Metropole Ruhr	17
5. FÜR EINE IDEOLOGIEFREIE, TECHNOLOGIEOFFENE UND NUTZERORIENTIERTE MOBILITÄT IN EINER LEISTUNGSFÄHIGEN, MODERNEN UND INTEGRIERTEN VERKEHRSINFRASTRUKTUR	18
Zukunftweisender Ausbau der Verkehrswege	19
Vermeidung von Fahrverboten für die Menschen in unserer Region	20
Digitalisierungspotentiale nutzen	20
Notwendiger Wettbewerb und mehr Effizienz im öffentlichen Nahverkehr	20
Smart City und Testlabor für autonome Elektromobilität	21

INHALTSVERZEICHNIS

ORIENTIERUNG UND ÜBERSICHT

6. FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT UND ZUKUNFTSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG	22
Umweltstandards in Deutschland harmonisieren	23
Zukunftsfähige Energieversorgung für die gesamte Region sichern	23
7. FÜR EINE MODERNE UND LEISTUNGSFÄHIGE SCHUL- UND WISSENSCHAFTSLANDSCHAFT	24
Investitionsoffensive für modernen Schulraum und digitale Schulen	25
Erreichbare Grundschulen und Verbesserung der Ganztagsangebote	25
Schulische Inklusion verbessern – Förderschulsystem sichern	25
Aufstieg durch Bildung: Ungleiches ungleich behandeln!	26
Wissenschafts- und Forschungsregion Ruhr	27
8. FÜR EINE GELEBTE INTEGRATION IN EINER VIELFÄLTIGEN REGION	28
9. FÜR EINE LEBENDIGE UND VIELFÄLTIGE KULTUR	30
Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit bei Kulturangeboten	31
Exzellenzförderung im Kulturbereich	31
Stärkung der Kreativwirtschaft, Schaffung von bedarfsgerechten Quartieren	31
Digitalisierung als Möglichkeit künstlerischer und kultureller Vermittlung	32
Vermarktung der Kulturmetropole als Hauptaufgabe	32
10. FÜR EINE ATTRAKTIVE FREIZEIT- UND TOURISMUSREGION	33
IGA 2027 als Chance für den Tourismus in der Metropole Ruhr nutzen	34
Revierparks für die Zukunft fit machen	34
eSports als wichtigen Freizeitfaktor für die Region erkennen	34
Olympiabewerbung Rhein/Ruhr 2032 unterstützen	34
IMPRESSUM	35

UNSERE METROPOLE RUHR -

RAUM FÜR IDEEN UND VIELFALT

Die Metropole Ruhr ist neben Paris und London der größte Ballungsraum in Europa. 11 kreisfreie Städte und 4 Landkreise auf 4.435 Quadratkilometern bilden die Heimat für rund 5,1 Mio. Menschen und damit rund 6 % der Bevölkerung Deutschlands.

Die Metropole Ruhr muss zukünftig die Wettbewerbsvorteile nutzen, die sich aus der Konzentration auf gemeinsame Entwicklungsziele ergeben. In der heutigen Industrie-, Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft bestimmt die Digitalisierung weite Teile unseres Lebens und Handelns. Hier liegen große Potentiale für eine regionale Kooperation innerhalb des Regionalverbandes Ruhr.

Die FDP im Ruhrgebiet sieht im neu zu wählenden Ruhrparlament den Motor für diese Weichenstellungen in allen Teilen der Region. Unsere bestehenden Kulturräume im Regionalverband Ruhr (das Kernruhrgebiet, Teile des Westmünsterlandes, des Niederrheins, der Hellwegbörde, des Sauerlandes, des Niederbergisch-Märkischen Landes bis zur Rheinschiene) müssen ihre Identität bewahren und ihre Potentiale ausschöpfen. Sie bilden die Vielfalt unserer Region. Gerade aus dieser Vielfalt entsteht die regionale Identität, die die Grundlage für die gemeinsame Entwicklung und die zukünftige Handlungsfähigkeit des Regionalverbandes Ruhr darstellt.



ERSTENS
METROPOLE RUHR -

FÜR EINE STARKE REGIONALE VERTRETUNG MIT MODERNEN STRUKTUREN

Zum ersten Mal in der Geschichte des Ruhrgebietes wählen die Menschen ihr Ruhrparlament selbst direkt in einer eigenen Wahl. Die FDP im Ruhrgebiet hat sich in der Geschichte des Ruhrgebietes immer dafür eingesetzt, unsere Region mit ihren wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und bildungspolitischen Potentialen als Ganzes im Wettbewerb der Metropolen in Deutschland und Europa zu sehen. Die Chancen, die sich aus dem gemeinsamen Gestalten und Handeln der Bürgerinnen und Bürger sowie aller Verbände, Kammern und kommunalen Vertreterinnen und Vertreter für die Entwicklung unseres Raumes in der Zukunft ergeben, sind groß und müssen durch ein starkes Ruhrparlament gebündelt und für die Region genutzt werden. Gerade in Zeiten zunehmender Globalisierung und dem Wandel in der politischen Landschaft muss der Regionalverband Ruhr zum politischen Sprachrohr der Region werden.

Direktwahl auch für die Spitze des Verbandes

Die Region braucht daher eine starke politische Vertretung, um neben den Kernfunktionen der staatlichen Steuerung, wie zum Beispiel der Regionalplanung, auch die Aufgaben des ÖPNV, der Abfallwirtschaft, der Freiraum- und Umweltpolitik, der Kultur sowie der Bildung und Wissenschaft, innovativ und zukunftsfähig mit zu gestalten. Daher müssen die Städte und Kreise in diesen wichtigen Fragen der Entwicklung zusammenarbeiten, ohne einen möglichen Autonomieverlust zu befürchten.

Regionale Stärke geht nicht zu Lasten der lokalen Akteure, sondern bildet die Grundlage für zukunftsfähige Strategien und gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Erfolg. Die FDP im Ruhrgebiet sieht in der Selbststeuerung der Region durch die Beteiligten und einer starken politischen Vertretung auch an der Spitze der regionalen Verwaltung die Zukunft für die Ausschöpfung der Potentiale in allen gesellschaftlichen Bereichen. Daher sollte neben dem Ruhrparlament auch die Spitze des Verbandes in Zukunft durch eine eigene Direktwahl durch die Bürgerinnen und Bürger den Stellenwert erhalten, den sie für die Vertretung der Region in allen Bereichen braucht. Mit der ersten Direktwahl haben die Menschen im Ruhrgebiet zum ersten Mal die Chance, aktiv daran mitzugestalten und ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter in die politische Verantwortung zu nehmen.

Kommunalrat abschaffen, Ruhrparlament als Stimme der Region stärken

Darüber hinaus lehnt die FDP im Ruhrgebiet den aus den Oberbürgermeistern und Landräten bestehenden Kommunalrat in seiner jetzigen Form ab. Er ist intransparent und lädt zu Absprachen ein – an allen gewählten demokratischen Gremien vorbei. Die Region braucht kein Zweikammersystem in ihrer politischen Vertretung – weder nach innen, noch nach außen. Die FDP im Ruhrgebiet spricht sich dafür aus, in Zukunft das Ruhrparlament als die Stimme der Region zu stärken und sie zu der regionalen Vertretung der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Sie lädt daher Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte herzlich ein, keine eigene Kammer zu bilden, sondern sich aktiv um ein Mandat in der Verbandsversammlung zu bewerben.

Herausforderungen der regionalen Entwicklung

Die Metropole Ruhr steht vor neuen Herausforderungen ihrer regionalen Entwicklung. Dies wird exemplarisch bei der Sicherung der individuellen Mobilität deutlich. Durch die immer mehr zunehmenden Pendlerverflechtungen in der Region bildet häufig die Gemeinde und Stadt primär den Raum für den privaten Rückzug. Längst nehmen die Menschen die Metropolregion als ihren kulturellen und wirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsraum wahr. Diese intensiven Verflechtungen stellen für die Region neue Herausforderungen insbesondere an die Mobilität dar. Ziel der FDP im Ruhrgebiet ist es daher, Verknüpfungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern barrierefrei zu gestalten. Die Anbindung der ländlichen Bereiche der Region an die Kernzone des Ruhrgebietes muss im ÖPNV, SPNV und im Individualverkehr deutlich attraktiver gestaltet werden. Divergierende Verkehrsverbünde stellen nicht die Zukunft im ÖPNV dar. Die FDP im Ruhrgebiet setzt sich daher für einen ideologiefreie, moderne Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in allen Verkehrssystemen ein. Zugleich wollen wir den Menschen nicht vorschreiben, welches Verkehrsmittel sie benutzen möchten. Deshalb sind wir gegen Fahrverbote jeglicher Art.

ZWEITENS

METROPOLE RUHR -

FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE UND FLEXIBLE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG IN DER REGION

Zum ersten Mal seit den 60iger Jahren besteht das Ziel, für die Region Ruhrgebiet einen einheitlichen Regionalplan vorzulegen. Damit würde eine langjährige Forderung der FDP im Ruhrgebiet in Erfüllung gehen, die Region planerisch ganzheitlich zu betrachten. Die FDP im Ruhrgebiet bedauert und kritisiert das Scheitern der aktuellen Mehrheit von CDU, SPD und Grünen im RVR-Ruhrparlament an ihrem eigenen Anspruch, einen neuen Regionalplan Ruhr noch in der laufenden Wahlperiode bis 2020 zu verabschieden. Die FDP im Ruhrgebiet strebt daher eine erfolgreiche und rechtssichere Beschlussfassung zum schnellstmöglichen Zeitpunkt an. Bis dahin darf das Scheitern des neuen Regionalplans nicht zu Entwicklungshemmnissen in den Kommunen führen. Durch das Ruhrgesetz hat der RVR endlich die planerische Kompetenz erhalten, die für einen so großen Ballungsraum notwendig ist, um sich mit den vielfältigen Anforderungen an die räumliche Entwicklung auseinanderzusetzen. Neben dem Regionalplan wurde zum ersten Mal in der Regionalplanung auch ein Handlungsprogramm aufgestellt, das die mannigfaltigen Projekte und Ideen innerhalb der Region bündelt und den Akteuren für zukünftige Planungen und Leitbilder zur Verfügung steht.

Die FDP im Ruhrgebiet wird diesen Prozess weiter konstruktiv mitgestalten und hat sich in vielen Gremien fachlich in das bisherige Verfahren eingebracht. Auf Betreiben der FDP im Ruhrgebiet wird das Handlungsprogramm in Form von offenen Diskussionsforen einer ständigen Evaluation unterzogen, die es ermöglicht, die Menschen in der Region in den weiteren Entwicklungsprozess einzubeziehen, sie zu weiteren Akteurinnen und Akteuren zu machen. Dies stiftet Identität und schafft ein positives Heimatgefühl in der Region, ohne sich abzugrenzen und die Basis, zukünftigen Entwicklungen die notwendige Offenheit entgegenzubringen.

Regionalplan als flexibler Rahmen für die Regionalentwicklung

Die FDP im Ruhrgebiet sieht jedoch in dem Regionalplan kein starres Instrument in der regionalen Entwicklung. Die Städte und Gemeinden brauchen für ihre Entwicklung Möglichkeiten der räumlichen Entfaltung und Offenheit für neue Modelle baulicher und freiräumlicher Planungen. Die Möglichkeiten, Flächenentwicklungen im interkommunalen Diskurs zu planen und Flächeninanspruchnahme mit anderen Städten und Gemeinden in Abstimmung mit der Regionalplanung zu kompensieren, müssen genutzt werden. Der Regionalverband als Klammer räumlicher Entwicklung muss die Interessen der Städte und Gemeinden wahren und sie positiv in ihrer individuellen Stadtentwicklung begleiten.

Flächenausweisungen im Regionalplan müssen marktfähig und bezahlbar sein

Die FDP im Ruhrgebiet setzt sich dafür ein, regionale Schwerpunkte der wirtschaftlichen Flächenentwicklung in Abstimmung mit der BMR (Business Metropole Ruhr), den Wirtschaftsverbänden sowie insbesondere den Städten und Gemeinden zu setzen. Die geplanten regionalen Kooperationsstandorte für großflächige gewerbliche und industrielle Ansiedlungen können ein erster Schritt sein, wenn sie nicht durch enge Ansiedlungsvorhaben und restriktive Regulierungen überfrachtet werden, wie es bisher vorgesehen ist. Für die FDP im Ruhrgebiet sind jedoch die Verfügbarkeit und die Marktfähigkeit von Flächen dabei von entscheidender Bedeutung. Siedlungs- und Gewerbeflächen im Regionalplan, die dauerhaft einer planerischen Entwicklung entgegenstehen, belasten die Potentiale der Städte und Gemeinden und stehen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung entgegen. Dies führt zu Verwerfungen und vermindert die Wettbewerbsvorteile der Region. Die Regionalplanung muss daher offen sein für Veränderungen der Flächenentwicklung.

Die Region braucht aber für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung nicht nur verfügbare, sondern auch bezahlbare Flächen. Die FDP im Ruhrgebiet setzt sich daher dafür ein, in Abstimmung mit der Business Metropole Ruhr (BMR) und den kommunalen Wirtschaftsförderinnen und Wirtschaftsförderern Anforderungsprofile an den Standard der Kooperationsflächen zu entwickeln, die es den unterschiedlichen Investoren und Wirtschaftsunternehmen ermöglichen, ihre Planungen zügig und zeitnah umzusetzen. Neben der Verfügbarkeit und Marktfähigkeit spielt daher die zeitliche Dimension bei der Entwicklung von Flächen eine erhebliche Rolle. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sind Planungsprozesse unbedingt zu beschleunigen. Daher setzt sich die FDP im Ruhrgebiet auch weiterhin entschlossen für Änderungen des häufig zu starren deutschen Planungsrechts ein.

Flächen für Gewerbe: Gegen die Platznot im Ruhrgebiet

Die Stadt Bochum konnte eine Erfolgsgeschichte schreiben, weil das 70 Hektar große Opel-Gelände nach dem Ende der Autoproduktion erst gar nicht ungenutzt blieb und der Autokonzern sich selbst in der Entwicklungsgesellschaft einbrachte. Bei vielen Industriebrachen sind die Eigentumsverhältnisse oft ungeklärt und die Sanierung der Flächen bzw. Böden äußerst kostspielig. Ohne Mittel von Bund und EU ist es daher schwierig, diese Investitionen zu stemmen. Die Flächenknappheit ist deshalb ein zentrales Thema der Ruhrkonferenz. Im Ruhrgebiet können wir es nicht zulassen, interessierte Investorinnen und Investoren aus Platznot abzuweisen. Der RVR braucht daher eine Strategie, wie vor Ort Flächen erworben und saniert sowie dafür Fördermittel aus Berlin oder Brüssel generiert werden können. Die Unterstützung bei der Nutzung ehemaliger Industrieflächen (Flächenrecycling) muss ausgebaut werden. Insbesondere in Mülheim, Hagen, Herne und Bottrop stehen besonders wenige Flächen zur Verfügung. Im gesamten Ruhrgebiet sind über die Hälfte der Areale mit zum Teil schwerwiegenden Restriktionen belegt. Damit sind Altlasten, aber auch fehlende Kanalisation und schlechte Anbindungen an Straßennetze sowie eine schwierige Topographie gemeint.

Das Ruhrgebiet ist eine stark verdichtete Metropolregion, es muss aber trotzdem möglich sein, neue Flächen für die Weiterentwicklung von Betrieben zur Verfügung zu stellen. Ansonsten droht die Situation, dass die Metropole Ruhr weiter abgehängt wird und sich Unternehmen alternative Standorte suchen.

Kommunen bei der Entwicklung von Wohnbauflächen stärken

Die Region braucht neben den Wirtschaftsflächen auch verfügbare Flächen für die Entwicklung von Wohnungsbau. Die FDP im Ruhrgebiet begrüßt ausdrücklich die Erleichterungen im novellierten Landesentwicklungsplan (LEP), die Städte und Gemeinden nicht durch starre Größenordnungen in der Entwicklung von Flächen zu begrenzen. Die Abschaffung des sogenannten 5-Hektar-Zieles ist daher ein wesentlicher Schritt. Die Region muss auf Ansiedlungen und Zuzug von neuen Bürgerinnen und Bürgern mit adäquater Flächenausweisung zeitnah reagieren können. Die FDP im Ruhrgebiet setzt sich daher ebenfalls dafür ein, die planungsrechtlichen Möglichkeiten des Baugesetzbuchs in den Städten und Gemeinden unter Beteiligung der staatlichen Regionalplanung zu nutzen. Der RVR darf nicht zum Blockierer kommunaler Entwicklung werden, sondern muss die Städte und Gemeinden in ihrem selbstdefinierten Entwicklungsprozess aktiv unterstützen. Dies führt dauerhaft zu einer stärkeren Bindung an die Region, zu einer positiven regionalen Identität und schließlich zu einer Stärkung der Metropole insgesamt.

Kiesabbau im regionalen Konsens neu ausrichten

Die reichhaltigen Lagerstätten von Kiesen und Sanden entlang des Rheins sind als Rohstofflieferant für Baustoffe weiterhin unverzichtbar. Dies gilt umso mehr, da ein verstärkter Ausbau von Schienen- und Straßenstrecken sowie ein erhöhter Wohnungsbaubedarf – trotz hoher Recyclingquote alter Baustoffe – für zusätzliche Nachfrage sorgen. Allerdings führen die Kiesabgrabungen auch zu Eingriffen in Natur und Landschaften und zum Verbrauch bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen. Die FDP setzt sich deshalb für einen ressourcenschonenden Gebrauch und eine wertschöpfende Nachfolgenutzung beim Kiesabbau ein. Dazu gehört die Konzentration auf flächensparende Abgrabungen mit großer Mächtigkeit, der Einsatz neuer Techniken für bisher nicht realisierbare Nachauskiesungen bereits abgeschlossener Bereiche und die Kombination von Auskiesungen mit Maßnahmen des Hochwasserschutzes.

Weiterhin fordert die FDP die Weiterführung des konstruktiven Dialogformats Abgrabungskonferenz durch die Regionalplanung zur Auswahl von Kiesabbauflächen unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Regionale Grünzüge mit den Kommunen diskutieren

Die regionalen Grünzüge sind für die Region ein wichtiges Instrument zur Erhaltung von Natur und Landschaft. Sie dürfen aber nicht zu einem starren Korsett in der kommunalen Bauleitplanung werden. Die FDP im Ruhrgebiet spricht sich daher für einen offenen Prozess in den Städten und Gemeinden aus, die damit verbunden Ziele der Regionalplanung mit der Bevölkerung zu diskutieren und neue Möglichkeiten für die Gestaltung ökologisch sinnvoller Grünzüge zu entwickeln.

IGA 2027 als Chance für die Region

Die FDP im Ruhrgebiet sieht in der Planung der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2027 ein großes Potential für die räumliche Entwicklung. Die Chancen für die Region, mit der Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landesregierung modellhaft neue Ideen in der Freiraumnutzung zu entwickeln, sind erheblich. Daneben sind die Begleiteffekte für die Planung neuer Mobilitätsformen und Modelle nicht zu unterschätzen. Der RVR muss daher dieses Projekt in den Städten und Gemeinden positiv begleiten. Die FDP im Ruhrgebiet regt daher an, den weiteren Planungsprozess durch eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit mit den Bürgerinnen und Bürgern zu begleiten. Regionalplanerische Festsetzungen müssen offen sein für die Planungen im Rahmen der IGA 2027.

Räumliche Entwicklung in einer Region muss auch der Schaffung einer eigenen Identität dienen. Die unterschiedlichen Landschaftsräume sind in ihrer Eigenartigkeit zu stärken und zu unterstützen. Die wirtschaftlichen, touristischen und kulturellen Potentiale müssen ausgeschöpft werden. Bestehende Einrichtungen wie die Route der Industriekultur und der Emscher Landschaftspark dienen dieser Identität und haben daher eine große Bedeutung für die Region.



**DRITTENS
METROPOLE RUHR -**

NEUE IDEEN, NEUE CHANCEN UND NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE WIRTSCHAFT IN UNSERER REGION

Die Herausforderungen für die Entwicklung des Ruhrgebiets haben immer auch Auswirkungen auf die Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Das Ruhrgebiet kann mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland deutlich weniger mithalten als bisher angenommen. Das stellt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Studie fest. In keiner anderen deutschen Metropolregion ist die weibliche Erwerbsbeteiligung so gering und nirgends sei die Arbeitslosigkeit so hoch. Außerdem wäre an keinem Ort die Infrastruktur so marode und würden so wenige neue Unternehmen gegründet.

Es gibt dabei vieles, was das Ruhrgebiet zur Verbesserung der Situation selbst leisten kann. Die FDP im Ruhrgebiet möchte die Menschen im Ruhrgebiet motivieren, wieder mehr Mut zu fassen, Unternehmen zu gründen, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Ferner muss die Metropole Ruhr für nationale und internationale Investorinnen und Investoren attraktiv werden, damit sich Unternehmen ansiedeln. Ziel der FDP im Ruhrgebiet ist es, gut bezahlte Industriearbeitsplätze im Ruhrgebiet zu halten und weitere zu gewinnen.

Junge Start-up-Unternehmen zieht es erfreulicherweise immer häufiger ins Ruhrgebiet. Dabei schätzen sie vor allem die digitale Infrastruktur und die Nähe zu den Universitäten. Die meisten Start-ups leiden allerdings laut einer Studie unter dem Mangel an qualifiziertem Personal, aber auch an fehlenden attraktiven Immobilien in einem ansprechenden Umfeld. Doch zumindest kommt die lange Zeit hinterherhinkende Gründerszene im Ruhrgebiet deutlich in Fahrt. Das bietet der Metropole insgesamt Chancen. Daher gilt es, diese Entwicklung politisch zu unterstützen und zu forcieren.

Einrichtung eines „Ruhr Valley“ als Innovationszone Metropole Ruhr

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet stockt. Trotz der Zunahme von Arbeitsplätzen in der IT- und der Kreativwirtschaft konnte bislang leider nicht verhindert werden, dass in den meisten Städten des Ruhrgebiets überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten die Regel sind. Das Festhalten an alten Strukturen ist emotional nachvollziehbar, hat aber häufig den Blick auf neue Ideen versperrt. Das Ruhrgebiet muss daher innovativer werden. Das Ruhrgebiet hat gegenüber anderen Regionen einen immensen wirtschaftlichen Aufholbedarf. Die Metropole Ruhr muss wieder an der Spitze der europäischen Wirtschaftsregionen stehen. Dafür braucht es unkonventionelle Maßnahmen:

Die Digitalisierung durchdringt inzwischen alle Lebensbereiche, und die Gesellschaft ändert sich hin zu einer sogenannten „Gesellschaft 5.0“. Wenn Unternehmen sich gemeinsam mit ihren Arbeitnehmern verändern und erneuern, ergeben sich vielfältige Arbeitsplatzchancen in Zukunftsbranchen. In der Metropolregion sind viele Hidden Champions, Dienstleistungsunternehmen und Dax-Konzerne aus den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Stahlindustrie sowie der Energie- und der Telekommunikationsbranche angesiedelt. All diese Bereiche digitalisieren sich konsequent. Insbesondere bei Themen wie Industrie 4.0 kann die Metropolregion eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Nähe zum Kunden sowie das System der kurzen Wege bieten hier einen positiven Standortfaktor.

Wie bei den Verkehrsprojekten zur Deutschen Einheit zu Beginn der 90er Jahre müssen Klagemöglichkeiten gegen Infrastrukturprojekte wie Straßen und Schienen und neue Gewerbegebiete auf nur eine Instanz verkürzt werden. Vergleichbares plant die Kohlekommission für die Braunkohlereviere, eine solche Regelung ist auch für das Ruhrgebiet überfällig. Zudem setzt sich die FDP im Ruhrgebiet für eine Reform des Verbandsklagerechts ein. Vielmehr sollten Gerichte mit planungsrechtlichem Schwerpunkt betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine geeignete Plattform bieten, um gegen infrastrukturelle Maßnahmen einschreiten zu können. Die Instrumentalisierung von Verbänden als aktive Kläger lehnen wir auf Basis zahlreicher destruktiver Beispiele aus der Vergangenheit und Gegenwart ab.

Aufbruch zu einer neuen Gründungsdynamik – Gründerzeit.Ruhr

Neue Unternehmen sind Wachstumstreiber. Die Ursachen für die geringe Gründungsbereitschaft haben die IHKS in Nordrhein-Westfalen erstmals 2017 in einer gemeinsamen Studie untersucht. Die mehreren tausend befragten Gründerinnen und Gründer sehen Probleme insbesondere bei den bürokratischen Hemmnissen (44 Prozent), der Steuergesetzgebung (30 Prozent) und der Gründungsfinanzierung (17 Prozent). Mehr als jede zweite Gründerin und jeder zweite Gründer bescheinigt Nordrhein-Westfalen ein positives Gründungsklima. Eine Forderung ist, das Verständnis für unternehmerisches Handeln durch einen intensivierten Dialog zwischen Unternehmern sowie Schulen, Hochschulen und Verwaltungen zu verbessern. Weiter müssen Angebote geschaffen werden, um Start-ups sowie kleinere und mittlere Unternehmen besser miteinander zu verknüpfen. Großkonzerne sind schnell offen für Kooperationen mit Start-ups. Dies muss jedoch in Zukunft auch für die kleineren und mittelständischen Betriebe zur Regel werden. Das Ruhrgebiet kämpft noch mit seinem strukturellen Wandel. Deshalb ist gerade eine starke Gründungsdynamik besonders wichtig.

Die FDP im Ruhrgebiet hat sich daher zum Ziel gesetzt, in Zusammenarbeit mit den Kammern für Handwerksbetriebe und Unternehmen aller Art eine regionale Betriebsbörse einzurichten, die nicht an den Grenzen der Kammerbezirke endet. So sollten Meister und Meisterinnen sowie angehende Unternehmerinnen und Unternehmer und potentielle Kaufinteressentinnen und -interessenten einen schnellen Überblick über zum Kauf anstehende Unternehmen im Ruhrgebiet erhalten.

Die FDP im Ruhrgebiet will Inkubatoren für Gründerinnen und Gründer aus den Bereichen IT-Sicherheit, Logistik, Maschinenbau, Chemie, Biotechnologie, Robotik, Medien, E-Mobility, Energie und Handel schaffen. Die Gründerinnen und Gründer werden von Gruppen von Fachleuten aus Unternehmen und Wissenschaft ausgewählt und müssen nur über 15 Prozent ihres Startkapitals verfügen. Der Rest des für Investitionen benötigten Kapitals soll über einen zu schaffenden Fonds der NRW.BANK als Darlehen bereitgestellt werden. Im Falle des Erfolgs muss das Darlehen zurückgezahlt werden. Im Falle einer Insolvenz des Start-ups müssen lediglich 80 % der zur Verfügung gestellten Fördergelder in Form des Einfließens in die Gläubigermasse zurückgezahlt werden. Die gänzliche Übernahme des Risikos durch die Steuerzahler lehnen die Freien Demokraten ab. Unternehmen sollen zudem dafür gewonnen werden, in die Inkubatoren zusätzlich zu investieren. Initiativen der Gründerszene an der Ruhr müssen noch besser vernetzt werden.

Ferner müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, um Gründungen durch Migrantinnen und Migranten zu erleichtern. Wissen über das deutsche Rechts- und Wirtschaftssystem sollten gerade in der Region von Lippe, Ruhr und Emscher als weiterer Bestandteil von Integrationskursen vorgesehen werden, um die Grundlage für gründungswillige Menschen mit Migrationshintergrund zu bilden.

Fachkräftemangel in der Region entgegenreten

Stellen bleiben in vielen Branchen lange unbesetzt. Daher stellt die anforderungsorientierte Akquise von Fachkräften für die Metropole Ruhr eine der zentralen Aufgaben zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dar. Hier muss eine deutliche Attraktivitätssteigerung der Region vollzogen werden, damit die Metropole auch im internationalen Wettbewerb der Regionen um die klügsten Köpfe konkurrenzfähig ist. Hierzu möchten wir unter anderem die Vernetzung mit öffentlichen und privaten Hochschulen forcieren, innovative Arbeitsmodelle (New Work) unterstützen und somit den Zuzug von Fachkräften mit bedarfsorientierter Qualifizierung fördern. Überregional renommierte Ausbildungsstätten und Hochschulen ziehen qualifizierte, junge Menschen an und sollten daher weiterhin gestärkt werden. Ebenso sollten Unternehmen im Ruhrgebiet motiviert werden, Arbeitskräfte untereinander auszutauschen, um deren Kompetenzen zu vergrößern und auf diese Weise auch Konjunkturzyklen auszugleichen.

Welcome.Ruhr stärken durch Ausbau eines Lotsensystems

Das Ruhrgebiet ist international, hier leben Menschen aus über 100 Nationen. Die FDP im Ruhrgebiet begrüßt daher das Projekt Welcome.Ruhr. Das bestehende Angebot der „Welcome guides“ soll gemeinsam mit den Kammern und Unternehmen in Form eines Lotsensystem ausgebaut werden, das internationalen Unternehmen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Muttersprachlerinnen und Muttersprachler als Ansprechpartner bietet, die bei den ersten Schritten im Ruhrgebiet behilflich sind, Land und Leute erklären und bei Behördengängen und anderen Alltagsarbeiten den neuen Revierbürgerinnen und Revierbürgern zur Seite stehen.

„Smart Factory“ als Chance für das Handwerk nutzen

Aktuelle Erhebungen zeigen, dass im Ruhrgebiet Strategien zur Stärkung des Handwerks dringend erarbeitet werden müssen. Während im Land statistisch pro eintausend Einwohner 11,4 Handwerksbetriebe angesiedelt sind, sind es lediglich 8,6 im Ruhrgebiet. Für die Stärkung des Handwerks in unserer Region ist es zwingend erforderlich, dass die lokalen Wirtschaftsförderungen in enger Kooperation mit der BMR die Potentiale des Handwerks für die regionale Wirtschaft und die Beschäftigung heben und eine gemeinsame koordinierte Strategie entwickeln. In einem Projekt „Smart Factory“ sollen in Kooperation mit einem Kammerbezirk von IHK bzw. Handwerkskammer im Ruhrgebiet Qualifikationen für das digitale Zeitalter vermittelt werden.

Regionale Wirtschaftsförderung stärken

Das Ruhrgebiet braucht eine starke regionale Wirtschaftsförderung. Die aktuelle Kampagne des Ruhrgebiets wird den Anforderungen einer Investorenkampagne leider nicht gerecht. Die FDP im Ruhrgebiet fordert eine auf Entscheiderinnen und Entscheider der Wirtschaft zugeschnittene moderne Kampagne, die mit den realen Stärken und Chancen der Region wirbt und nicht gewünschte politisch korrekte Standortträume vermarktet. Moderne Wirtschaftsförderung schafft und unterstützt Netzwerke und koordiniert die wichtigen Ansiedlungen in der Region.

VIERTENS METROPOLE RUHR -

FÜR EINE DIGITALE OFFENSIVE IN EINER STARKEN REGION

Schon heute durchzieht die Digitalisierung viele Bereiche unseres Lebens. Sie ist zu einem festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Dies ist ein Prozess, der stetig weiter voranschreitet. In den vergangenen Jahren hat sich unsere Art zu leben und zu arbeiten durch die Digitalisierung in kürzester Zeit stark verändert und wird es weiterhin tun. Die FDP im Ruhrgebiet möchte diese digitale Transformation aktiv gestalten. Mit den richtigen Ideen soll die Metropole Ruhr dabei im Land eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Region muss zu dem zentralen und wegweisenden Standort in Nordrhein-Westfalen bei der Digitalisierung werden.



Neue Technologien dafür sind alle schon vorhanden. Einer stärkeren Digitalisierung ist weniger mit Bedenken entgegenzutreten, sondern vielmehr sollten die Chancen darin erkannt werden, den Alltag einfacher, vielfältiger und lebenswerter zu gestalten. Die Digitalisierung eröffnet den Menschen eine neue Zeitsouveränität und neue Möglichkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf. Wenn es zukünftig immer öfter um projektbezogene Tätigkeiten gehen wird und immer weniger darum, an einem genauen Ort oder zu einer spezifischen Zeit zu arbeiten, bietet die Digitalisierung mit Homeoffice und mobiler Arbeit viele neue Chancen. Die Digitalisierung eröffnet Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen neue Wege, mit einem größeren Umfeld in Kontakt zu treten. Die FDP im Ruhrgebiet will Chancen für jede Einzelne und jeden Einzelnen schaffen. Dafür brauchen wir Innovation, denn sie ist unverzichtbar für wirtschaftlichen Wohlstand, Wachstum und damit für unsere Zukunftsfähigkeit.

Zu einer verantwortungsvollen Politik gehört aber auch, sich der Risiken und Gefahren bewusst zu sein, die mit der Digitalisierung einhergehen können. Die Digitalisierung stellt eine kulturelle Revolution in unserem Alltag dar, die viele Veränderungen mit sich bringt, auf die unsere Gesellschaft zum Teil noch geeignete Antworten finden muss. Die FDP im Ruhrgebiet will diesen Prozess begleiten und die Menschen in unserer Region für einen sorgsamen Umgang mit Daten sensibilisieren. In einer digitalen Gesellschaft muss der Schutz persönlicher und personenbezogener Daten vor Datenmissbrauch stets sichergestellt sein.

Digitalisierung im öffentlichen Raum als Grundlage regionaler Entwicklung

Eine Gigabit-Infrastruktur ist die notwendige Basis zur Digitalisierung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Daher fordert die FDP im Ruhrgebiet einen raschen und technologieoffenen Ausbau der Netzinfrastruktur zum Beispiel durch Glasfaserausbau und modernste 5G-Funktechnologie. Noch heute gibt es in der Metropole Ruhr Wohngebiete mit Datenverbindungen unter 16 MBit/s beim kabelgebundenen Datenverkehr und maximal Edge-Geschwindigkeit im Mobilfunk. Wo technisch keine Glasfaserleitungen verlegt werden können, muss ein Hochgeschwindigkeitsmobilfunk diese Lücke schließen. Beginnend mit den Stadtzentren braucht die Metropole Ruhr freie Wifi-Netzwerke im öffentlichen Raum.

Digitalisierung in der Wirtschaft und Verwaltung als Motor der Gesellschaft

Die Digitalisierung verändert in vielen Branchen und Bereichen der Wirtschaft grundlegend die Spielregeln des Wettbewerbs. Neben einer verkehrstechnisch hervorragenden Anbindung ist in heutiger Zeit auch eine moderne, stabile und wettbewerbsfähige Breitbandanbindung ein entscheidendes Kriterium für den Standortausbau bestehender und die Standortauswahl neuer Unternehmen. Für viele Unternehmen und deren Arbeitsplätze ist dies bereits heute eine unabdingbare Voraussetzung, um am Markt bestehen zu können. Daher müssen beim flächendeckenden Glasfaserausbau die Gewerbegebiete mit Priorität behandelt werden.

Wo die Digitalisierung alles ändert, da muss sich auch die öffentliche Verwaltung anpassen. Wir brauchen dort mehr Qualifikation und vor allem auch die Bereitschaft zu Innovation und Erneuerung. Zum Bürokratieabbau bietet die Digitalisierung großartige Möglichkeiten: Wartezeiten auf dem Amt, Papier- und Formularflut, Telefonwarteschleifen – all dies kann bald der Vergangenheit angehören, wenn Verwaltungsvorgänge einfach digital auf einem zentralen Behördenportal erledigt werden können. Digitalisierung ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, die konsequent verfolgt werden muss – auch in unserer Verwaltung.

Verwaltungsprozesse müssen sich weniger an bürokratischen Abläufen der Vergangenheit orientieren und vielmehr aus Sicht des Nutzers gedacht werden. Die FDP im Ruhrgebiet fordert, dass die mit der digitalen Transformation einhergehende Prozessoptimierung dazu genutzt wird, die Servicequalität der öffentlichen Verwaltung erheblich zu verbessern – idealerweise durch Gewährleistung eines Höchstmaßes an Erreichbarkeit, digital und im direkten Kontakt. Nach dem „Once-Only“-Prinzip müssen Informationen auf Wunsch zudem nur einmal übermittelt werden. Dabei muss auch die Nutzungstransparenz- und Kontrollmöglichkeit über die Daten gewährleistet sein. One-Stop-Shops als Anlaufstelle für sämtliche Bürgerservices müssen perspektivisch zur Regel werden.

Gemeinsames Rechenzentrum für unsere Metropole Ruhr

Schnelle Erfolge werden aber nicht gelingen, wenn in einem Ballungsraum wie der Metropole Ruhr jede Gemeinde beim Aufbau einer digitalen Infrastruktur eine eigene Agenda verfolgt. Deshalb fordert die FDP im Ruhrgebiet, dass Kompetenzen zentral im RVR gebündelt werden und ein gemeinsames Rechenzentrum für die Metropole Ruhr aufgebaut wird. Die bestehenden E-Governmentgesetze von Bund und Land müssen ambitioniert genutzt werden. Im Vordergrund stehen dabei einheitliche Standards für alle Städte in der Metropole Ruhr. In einer Region, in der so viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben und Städte und Gemeinden fließend ineinander übergehen, ist es nicht vermittelbar, wenn Verwaltungsabläufe unterschiedlich und mit verschiedenen Laufzeiten gehandhabt werden. Hierbei ist entscheidend, dass auch das zentral bereitgestellte Behördenportal ständig optimiert wird.

Die Verwaltungen der einzelnen Städte und Gemeinden in der Metropole Ruhr müssen dann über dieses zentrale Behördenportal besser miteinander vernetzt werden und ein schnellerer Datenaustausch untereinander ermöglicht werden. So lässt sich beispielsweise ein besseres Flächenmanagement realisieren, welches nicht an den Stadtgrenzen endet.

Mit einem zentral geführten Rechenzentrum will die FDP im Ruhrgebiet die Aktualität der Systeme und eine höchst mögliche Verfügbarkeit der Inhalte sicherstellen. Mit regelmäßig stattfindenden Security-Audits durch entsprechend zertifizierte externe Dienstleister muss den Menschen im Ruhrgebiet die größtmögliche Sicherheit und der Schutz ihrer persönlichen Daten garantiert werden. Der Umgang mit Daten und Informationen muss für die Bürgerinnen und Bürger transparent sein.



FÜNFTENS
METROPOLE RUHR –

**FÜR EINE IDEOLOGIEFREIE,
TECHNOLOGIEOFFENE
UND NUTZERORIENTIERTE
MOBILITÄT IN EINER
LEISTUNGSFÄHIGEN,
MODERNEN UND
INTEGRIERTEN
VERKEHRSMETROPOLE**

Individuelle Mobilität ist ein wichtiges persönliches Bedürfnis für alle Bürger in einer modernen Gesellschaft. Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist zugleich entscheidende Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in unserer Metropolregion. Damit das Ruhrgebiet im internationalen Standortwettbewerb bestehen kann, braucht es eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Den Erhalt, die Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrswege wird die FDP im Ruhrgebiet daher zu einem Schwerpunkt ihrer Regionalpolitik machen.

Die FDP im Ruhrgebiet steht dabei für eine ideologiefreie Verkehrspolitik: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen frei von staatlicher Bevormundung selbst entscheiden können, welches Verkehrsmittel in welcher Situation für sie das geeignete ist. Politische Quotenvorgaben für den Modal Split einzelner Verkehrsträger lehnen wir daher entschieden ab. Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, die notwendigen Verkehrswege vorzuhalten. Das Ruhrgebiet braucht intakte Straßen, Schienen, Kanäle und Brücken. Die Potentiale der Digitalisierung werden wir nutzen, um die Effizienz der Verkehrsnetze zu erhöhen und neue Mobilitätskonzepte zu ermöglichen. Intelligentes Staumanagement ist ebenso unser Anliegen wie ein attraktives und effizientes ÖPNV-Angebot.

Die Mobilität der Zukunft wollen wir ideologiefrei, technologieoffen und nutzerorientiert gestalten und somit die Metropole Ruhr zu einer vernetzten Hochgeschwindigkeitszone ausbauen. Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes ermuntern wir Private in der Region zu einem möglichst koordinierten und flächendeckenden Ausbau von Elektroladesäulen und Wasserstofftankstellen für einen Individualverkehr der Zukunft. Im Bereich des ÖPNV setzen wir uns für eine effizientere Zusammenarbeit der einzelnen Verkehrsverbünde und deren Verkehrsbetriebe ein. In einer so dicht besiedelten Metropole dürfen die Verkehrspläne nicht an den Grenzen der Städte, Kreise und Gemeinden enden. Durch eine bessere Verknüpfung der Städte und Verkehrsbetriebe wird der ÖPNV attraktiviert und bietet die Chance, eine echte Alternative zum Individualverkehr darzustellen. Hier ist zusätzlich eine Modernisierungsoffensive bei den Verkehrsbetrieben anzuregen, damit der ÖPNV mittel- bis langfristig emissionsfreie Mobilität anbietet. Eine intelligente Vernetzung des ÖPNV mit neuen Konzepten wie Mobilty Hubs, Carsharing oder eScootern zur Überwindung der letzten Meile will die FDP im Ruhrgebiet forcieren. Oberste Ziele der regionalen Verkehrsplanung sind zukünftig die intelligente Vernetzung und die Zusammenführung verschiedener Verkehrsträger. Die Entwicklung intelligenten Verkehrs ist umwelt- und klimaschonend und raumsparend und bietet eine verbesserte Lebensqualität in den Städten und auf dem Land. Darüber hinaus streben wir eine Gesamtvernetzung mit einem Radwegeplan an.

Zukunftweisender Ausbau der Verkehrswege

Die FDP im Ruhrgebiet tritt für die nachholende Sanierung, die kontinuierliche Erhaltung und die bedarfsgerechte Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur bei Straßen und Schienen ein. Der Straße kommt dabei als Rückgrat des Gesamtverkehrssystems eine hervorgehobene Bedeutung für verschiedene Verkehrsträger und Anbieter zu. Sanierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sollten verkehrsträger- und baulastträgerübergreifend erfolgen, um positive Synergien zu heben und Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Im Fernstraßennetz ist insbesondere die Leistungsfähigkeit der Nord-Süd-Verbindungen zu erhöhen. Dazu gehört gerade auch der vollständige Weiterbau der A 52 vom Autobahnkreuz Essen-Ost bis Gelsenkirchen-Buer. Die A 52 ist vor allem ein wichtiger Entwicklungsfaktor für die Entwicklung im nördlichen Ruhrgebiet. Ein möglichst großer Teil der Trassenführung sollte dabei in Tunnellage erfolgen. Wir streben grundsätzlich eine durchgängige Sechsspurigkeit der wesentlichen Autobahnen im Kernruhrgebiet an. Wichtige Gewerbeflächen benötigen eine direkte Anbindung an die Verkehrsachsen der Region. Relevante Areale wie den NewPark oder das alte Opel-Gelände will die FDP im Ruhrgebiet unmittelbar ans Fernstraßennetz anschließen. Der Rhein-Ruhr-Express benötigt eine leistungsfähige Trassenführung. Ein bedarfsgerechter Anschluss der Region ans Fernverkehrsnetz durch eine ausreichende Anzahl von ICE-Haltepunkten ist weiterhin notwendig.

Wir erwarten, dass Planungen für Verkehrsinfrastruktur umfangreicher und frühzeitiger in Angriff genommen und schneller umgesetzt werden. Baureife Projekte müssen auf Halde vorhanden sein, um bewilligte Mittel zeitnah verwenden zu können. Die Einschränkungen infolge von Baumaßnahmen sind durch ein wirksames Baustellenmanagement möglichst gering zu halten.

Die Inanspruchnahme der Verkehrswege hängt auch von den Kapazitäten des ruhenden Verkehrs ab. Parkplätze für Lkw und Pkw sind in der Infrastrukturplanung bedarfsgerecht zu berücksichtigen, um unnötigen Park-Such-Verkehr sowie Gefahrsituationen zu vermeiden.

Die bestehenden Wasserstraßen sind ein wichtiger Bestandteil der verkehrlichen Infrastruktur und ebenso ein wirtschaftlicher Entwicklungsfaktor. Die FDP im Ruhrgebiet will daher die Kanäle sanieren und bedarfsgerecht ausbauen. Zur Ertüchtigung der Wasserwege sind die Schleusenanlagen zu modernisieren und Durchfahrtshöhen bei Brückenbauwerken anzupassen.

Vermeidung von Fahrverboten für die Menschen in unserer Region

Die FDP im Ruhrgebiet tritt für ein konsistentes Gesamtpaket der Luftreinhaltung zur Vermeidung von Fahrverboten ein. (Diesel-)Fahrverbote oder neue Zufahrtsbeschränkungen (wie die Einführung einer Blauen Plakette) lehnt die FDP im Ruhrgebiet ab. Diese würden zu unverhältnismäßigen Belastungen und faktischen Enteignungen kleiner Gewerbetreibender sowie von Bürgerinnen und Bürgern führen, die sich permanente Neuanschaffungen wirtschaftlich nicht leisten können. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, dass Flottenfahrzeuge, die große Fahrleistungen in Innenstädten erbringen, schnell auf emissionsarme Antriebe umgestellt werden.

Digitalisierungspotentiale nutzen

Die fortschreitende Digitalisierung auch in Fahrzeugen bis hin zum autonomen Fahren wollen wir nutzen, um mit moderner Verkehrstelematik Staus bereits in der Entstehung zu vermeiden und alle Verkehrsmittel sinnvoller, flexibler und bedarfsgerechter zum Einsatz zu bringen. Sie ermöglicht zukünftig einen kooperativen Mischverkehr, dessen Chancen im Angebot der Metropole Ruhr zu nutzen sind. Die viel zu strengen Regeln des Personenbeförderungsgesetzes gehören modernisiert, um neue preiswertere Anbietermodelle für Mobilität zu ermöglichen.

Notwendiger Wettbewerb und mehr Effizienz im öffentlichen Nahverkehr

Derzeit führen immense öffentliche Ausgaben für den Nahverkehr nicht zur Steigerung von dessen Qualität, Kundenfreundlichkeit oder Leistungsfähigkeit, da ineffiziente Strukturen bestehen und sinnvolle Anreizsysteme fehlen. Die FDP im Ruhrgebiet strebt daher eine drastische Reduktion und Verschlinkung bei den zahlreichen Nahverkehrsgesellschaften und deren umfangreichen Verwaltungsstrukturen sowie mehr Transparenz an.

Ferner fordert die FDP im Ruhrgebiet einen Systemwechsel in der Verkehrspolitik: Notwendige Verkehrswege bei Schiene und Straße sind Teil der Daseinsvorsorge und werden öffentlich bereitgestellt. Dieser Fahrweg ist dann aber für alle Anbieter in einem fairen Wettbewerb zugänglich und nutzbar. So wie wir auch Mobilitätsalternativen zum Taximonopol schaffen wollen, benötigen wir auch Anbieterwettbewerb im Schienenverkehr. Nahverkehrsleistungen im S-Bahn-, Regional- und Busverkehr müssen vollständig in fairen und transparenten Bieterverfahren ausgeschrieben werden und dürfen nicht länger über lange Vertragszeiten monopolistisch vergeben werden.

Den Nahverkehrsunternehmen obliegt es, mit neuen Beförderungskonzepten im Markt erfolgreich zu sein und eine höhere Kundenorientierung bei Pünktlichkeit, Sicherheit, Sauberkeit und Schnelligkeit zu erreichen.

Auch die Förderkulisse des ÖPNV bedarf einer Anpassung. Drohende Rückzahlungsverpflichtungen bei lange zurückliegenden Förderprogrammen dürfen nicht zum Erhalt unrentabler Strecken oder Verkehrsträger führen, die angestrebte Barrierefreiheit ist maßvoll und auf einer realistischen Zeitachse anzulegen. Verkehrsleistungen müssen realistische Preise bekommen, eine erzwungene Drittnutzerfinanzierung lehnt die FDP im Ruhrgebiet ab.

Smart City und Testlabor für autonome Elektromobilität

Die FDP im Ruhrgebiet unterstützt die im Rahmen der Ruhrkonferenz geforderten Leitprojekte mit internationaler Strahlkraft. „Smart City“ ist dabei ein Projekt, in dem das Leben, Arbeiten und die Mobilität der Zukunft mit vielen Menschen auf engstem Raum entwickelt werden kann. Projekte und Planungen dürfen dabei nicht an Stadtgrenzen Halt machen oder an kommunalen Eifersüchteleien der im Rathausturmdenken verwurzelten Städte scheitern. Das Revier benötigt Hilfen von Bund und EU, um ein verkehrsträgerübergreifendes Sonderprogramm aufzulegen. Dazu zählt eine flächendeckende Infrastruktur für autonomes Fahren und E-Mobilität ebenso wie ein die Stadtgrenzen überwindendes Nahverkehrskonzept.

Die Ruhrregion gilt es zu einer weltweit führenden Mobilitätsregion auszubauen. Verdichtete und pendlerreiche, gleichzeitig aber vielfältige und landschaftlich abwechslungsreiche Räume bieten sich besonders an, um die Mobilität der Zukunft zu testen und voranzubringen. In Kooperation mit geeigneten Partnern soll die Region zu einem Testlabor für autonome Elektromobilität ausgebaut werden. Dazu gehören Ladestationen und -konzepte, smarte Verkehrsleitsysteme und -schilder und entsprechende Kommunikationssysteme. Auf Basis dieser Infrastruktur können neue Konzepte, Ideen und Technologien entstehen, die nicht nur die Mobilität der Zukunft gestalten, sondern gleichzeitig neue Wertschöpfungs- und Zukunftschancen für das Ruhrgebiet schaffen. Weitere mögliche Technologien, die eingebunden werden können, sind beispielsweise Lieferdrohnen.

SECHSTENS

METROPOLE RUHR -

FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT UND ZUKUNFTSFÄHIGE ENERGIEVERSORGUNG

Der Strukturwandel hat in den letzten Jahren aus NRW und damit auch aus der Metropole Ruhr aus einer ehemals stark industriell und vom Bergbau geprägten Region eine Region mit zahlreichen Flächen gemacht, bei denen sich die Natur ihren Raum zurück erobert hat. Diese sicht- und messbaren Verbesserungen haben aus dem ehemals schmutzigen Ruhrgebiet eine vorzeigbare und auch touristisch interessante Region gemacht.



Umweltstandards in Deutschland harmonisieren

Die FDP im Ruhrgebiet will das Land entfesseln. Dazu gehört auch eine Überprüfung der heute viel zu engen und bürokratischen Standards im Umweltschutz. Wir setzen uns dafür ein, dass hier die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen gegenüber anderen Regionen in Deutschland nicht schlechter gestellt werden, weil sie die Überregulierungen zu finanzieren haben. Umwelt- und Naturschutz machen weder an den Grenzen der Ruhrregion, noch an den Landesgrenzen halt. Die FDP im Ruhrgebiet fordert daher eine nationale wie europäische Überprüfung und Harmonisierung bestehender Umweltstandards, um einheitliche Regularien für den Umwelt- und Naturschutz zu ermöglichen.

Auch sollten die bereits erlassenen umweltschutzbezogenen Gesetze (wie zu der Stellung der Naturschutzbeiräte, Klagemöglichkeiten von Naturschutzvereinen, Schaffung von Ausgleichsflächen für Eingriffe in Natur und Landschaft) überprüft und bei Bedarf korrigiert werden.

Konzepte, um Umweltschutz und das Leben der Menschen in Einklang zu bringen, müssen stärker gefördert werden. Hierbei zählen sicherlich auch Digitalisierung (durch Homeoffice und Telekonferenzen wegfallende Fahrwege) und einfachere Bebauungsvorschriften, um zum Beispiel die Nachverdichtung in bereits dichtbesiedelten Gebieten zu vereinfachen und somit einen weiteren Flächenverbrauch in der Region zu verhindern. Auch der Flächenverbrauch von Windenergieanlagen muss hierbei berücksichtigt werden. Die Akzeptanz der Bevölkerung bei der Verspargelung ihrer Naturlandschaft sinkt zunehmend. Die aktualisierten Abstandsregelungen für neu zu errichtende Anlagen sind hier ein Schritt in die richtige Richtung.

Zukunftsfähige Energieversorgung für die gesamte Region sichern

In unserer Metropolregion haben zahlreiche energieintensive Unternehmen sowie Energieproduzenten ihren Sitz. Um eine sichere Versorgung zu gewährleisten, wird vor Ort immer noch ein hoher Anteil des Stroms aus Kohleverstromung gewonnen. Um für den langfristig geplanten Kohleausstieg vorbereitet zu sein, muss die Forschung und Entwicklung von Stromspeichern verstärkt werden. Hierfür bietet unsere Region mit seinen starken naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen eine gute Basis. Fördergelder sollten hier gezielt eingeworben und eingesetzt werden, um die Region zu einem Forschungsschwerpunkt in Sachen Umweltschutz und Energiespeicherung zu machen.



SIEBTENS

METROPOLE RUHR -

FÜR EINE MODERNE UND LEISTUNGSFÄHIGE SCHUL- UND WISSENSCHAFTS- LANDSCHAFT

Beste schulische Bildung wird für die weitere Entwicklung der Metropole Ruhr von herausragender Bedeutung sein. Die Region Ruhr braucht eine durch Vielfalt geprägte Schullandschaft mit modernen und starken Schulen für alle Talente. Sie müssen in der Lage sein, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen und Chancengerechtigkeit zu garantieren. Schon heute leisten viele Schulen und ihre Lehrerinnen und Lehrer in der Region Ruhr hervorragende Arbeit und bewältigen mit größtem Engagement enorme Herausforderungen, die sich oftmals aus einer sehr heterogenen Schülerschaft mit unterschiedlichsten Lernvoraussetzungen ergeben. Dennoch oder gerade deshalb brauchen die Schulen in der Region weitere und gezielte Unterstützung durch ihre Schulträger, durch das Land und auch durch außerschulische Partner aus den jeweiligen Stadtteilen und Quartieren.

Investitionsoffensive für modernen Schulraum und digitale Schulen

Den Schulträgern im RVR-Gebiet stehen in den Jahren von 2017 bis 2020 mit der Schulpauschale sowie mit investiven Sonderprogrammen des Bundes und des Landes insgesamt 1,9 Mrd. Euro für Investitionen in moderne Schulgebäude zur Verfügung. Die Schulträger sind gefordert, weiterhin massiv in modernen Schulraum und Schulausstattung zu investieren und hierzu die notwendigen Planungskapazitäten vorzuhalten. Seitens des Landes ist rechtzeitig zu prüfen, ob eine Verstetigung der Sonderinvestitionsprogramme über das Jahr 2020 hinaus ermöglicht werden kann.

Die Schulen der Region Ruhr müssen fit sein für die Herausforderungen der Digitalisierung. Das Land wird hierzu die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Lehreraus- und Lehrerfortbildung finanzieren und hierzu sowie für die Unterrichtsgestaltung (Medienkompetenzrahmen) die notwendigen pädagogischen Konzepte erstellen. Darüber hinaus müssen die Schulträger ihre Schulen an ein leistungsfähiges Internet anschließen und mit digitaler Infrastruktur ausstatten. Zudem ist zu klären, ob und in welchem Umfang die Schulträger für dauerhaft erhöhte Betriebs- und Wartungskosten durch das Land zu unterstützen sind.

Erreichbare Grundschulen und Verbesserung der Ganztagsangebote

Für alle Kinder beginnt in der Grundschule die schulische Laufbahn. Sie soll auch in Zukunft bis zum Übergang in die Sekundarschule I eine Schule für alle Kinder bleiben. Nach dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ sollten die Schulträger eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit Grundschulen sicherstellen.

Die Grundschulen müssen gleichberechtigt an den Investitionsmöglichkeiten der Schulträger beteiligt werden und brauchen modernen Schulraum mit Differenzierungsmöglichkeiten und zusätzlichen Schulraum für Ganztagsangebote. Das Platzangebot im offenen Ganzttag ist nach dem tatsächlichen Bedarf vorzuhalten.

Bei den weiterführenden Schulen steht die Schaffung von gebundenen Ganztagschulen möglichst in allen Schulformen im Vordergrund. So soll bei allen weiterführenden Schulformen die Wahlfreiheit zwischen Halb- und Ganztagsangeboten sichergestellt werden.

Schulische Inklusion verbessern – Förderschulsystem sichern

Im Interesse eines echten Wahlrechtes für Eltern sollen die Bedingungen für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Regelschulen verbessert und zugleich der Erhalt einer leistungsfähigen Förderschullandschaft in der Region Ruhr sichergestellt werden.

Die Schulträger wirken im Schulterschluss mit den Schulleitungen und der Schulaufsicht daran mit, ausreichend Schulplätze zur Sicherung der schulischen Inklusion an Regelschulen zur Verfügung zu stellen. Hierzu stimmen sie sich interkommunal ab. Zudem setzen sie die Mittel aus dem Inklusionsförderungsgesetz treffsicher für Barrierefreiheit, räumliche Ausstattung, Schulbegleitung und zusätzlich unterstützendes Personal ein.

Das Land schafft über die flexible Ausgestaltung der Mindestgrößenverordnungen faire Chancen für den Erhalt der Förderschulen in der Region Ruhr und sorgt so im Interesse des Wahlrechtes der Eltern für ein erreichbares Förderschulangebot. Die Schulträger in der Metropole Ruhr stimmen sich hinsichtlich der Schaffung eines regional abgestimmten und passgenauen Förderschulangebotes ab.

Aufstieg durch Bildung: Ungleiches ungleich behandeln!

Gerade in der Region Ruhr sind die Lernentwicklung und der Bildungserfolg von Kindern in vielen Stadtteilen und Quartieren immer noch sehr stark von der sozialen Herkunft und dem gesellschaftlichen Umfeld der Schülerinnen und Schüler abhängig. Ziel muss es sein, solche Entwicklungen zu durchbrechen und für ganze Schulstandorte und Quartiere ganzheitliche Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und dabei die Talente aller Schüler zu nutzen. Hier gilt es, mit vereinten Kräften gezielte Unterstützung zu leisten.

Erforderlich ist eine Ausstattung der Schulen, welche die sozialen Belastungen möglichst jeder einzelnen Schule berücksichtigt. Notwendig ist daher eine stärkere Verteilung der Ausstattung der Schulen mit Personal und Sachmitteln nach einem Sozialindex. Der bisherige Kreissozialindex soll hier verstärkt zur Anwendung kommen. Darüber hinaus könnte ein weiterer Belastungsindex zur Anwendung kommen, mit dem eine Steuerung bis auf die Ebene von einzelnen Schulen möglich wäre.

Talentschulen sind ein Baustein, um soziale Nachteile im Bildungsbereich zu überwinden. Auch sie sollen einen Beitrag dazu leisten, dass die soziale Herkunft nicht über den Bildungserfolg entscheidet. Mit den Talentschulen soll gezeigt werden, dass die Leistungen von Schülern an Schulen in Stadtteilen mit großen sozialen Herausforderungen durch besondere unterrichtliche Konzepte, zusätzliche Ressourcen und Unterstützung bei der Schulentwicklung nachweisbar gesteigert werden können. Die Schulträger sind aufgefordert, sich im Zusammenwirken mit den Schulleitungen aktiv am Schulversuch zu beteiligen und den Schulen die notwendige Unterstützung zu geben.

Das Land sollte zusammen mit dem NRW-Zentrum für Talentförderung in Gelsenkirchen prüfen, ob die institutionell ausgerichtete Förderung der Talentschulen unter Einbeziehung der Talentscouts durch eine individuelle Förderung durch Schülerstipendien ergänzt und ausgebaut werden kann. Ausgangspunkt sollte hierbei das auch von der RAG-Stiftung unterstützte Schülerstipendium „Ruhrtalente“ sein.

Das Talentkolleg Ruhr der Westfälischen Hochschule sollte dauerhaft gesichert werden. Die dortige Vernetzung von Talentscouting, Schulen und dem Talentkolleg Ruhr ist ein erfolgreiches und vor allem innovatives Bildungsangebot, welches es gilt auf Dauer zu sichern.

Das Land wird aufgefordert, die Lehrerversorgung an Schulstandorten in der Region Ruhr sicherzustellen, die unter Bewerbermangel leiden. Hierzu sind geeignete Maßnahmen zur Lehrergewinnung zu entwickeln. Denkbar wären ein verstärkter Einsatz des sogenannten Listenverfahrens, sogenannte „privilegierte Ausschreibungen“ und die Gewährung von Sonderzuschlägen für die Erstgewinnung von Lehrkräften. Möglich wäre auch eine Stärkung von Ausbildungsregionen durch Zuweisung einer höheren Anzahl an Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern in schwer zu versorgenden Regionen. Insgesamt ist der Lehrerberuf darüber hinaus auch durch eine für alle Lehrämter gerechte Lehrerbesoldung attraktiver zu gestalten. Dabei sind die Reform der Lehrerausbildung aus dem Jahr 2009 sowie die Besoldung der Bestandslehrkräfte nach der damaligen Lehrerausbildung zu berücksichtigen.

In einem Bündnis aus Land, Schulträgern und Stiftungen könnten nach dem Vorbild des „Duisburger Modells“ Modellprojekte zur Verringerung der Vakanzen für Schulleitungen umgesetzt werden.

Die fachlich wichtige Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in den Kommunen ist zu erhalten. Sie ist entscheidend dafür, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets auch bei denen ankommen, die auf sie angewiesen sind. Zur Finanzierung des Landesprogramms „Soziale Arbeit an Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets“ stellt das Land Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2015 jährlich rund 47,7 Mio. Euro zur Verfügung. Das Programm ist bis 2021 durch den Landeshaushalt gesichert.

Wissenschafts- und Forschungsregion Ruhr

Die Region Ruhr hat das Potential, sich zu einer der bedeutendsten und leistungsfähigsten Wissenschaftsregionen in Deutschland zu entwickeln. Die Wissens- und Forschungsmetropole Ruhr soll in den nächsten Jahren im nationalen wie internationalen Wettbewerb zur Spitze aufschließen. Es gibt an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region hervorragende Leistungen im Bereich Lehre, Innovation und Technik. Zur Erreichung von Spitzentechnologie und Exzellenz in Forschung und Lehre sollten vorhandene Potentiale und Stärken weiter gebündelt werden.

Hierzu haben die Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen mit der Bildung der Universitätsallianz Ruhr wegweisende Vorarbeiten geleistet. Der Ansatz ist weiter zu verfolgen und zu einer gemeinsamen Marke für die Wissenschafts- und Forschungsregion Ruhr fortzuentwickeln. Dabei sind die Fachhochschulen, die Fern-Universität in Hagen, die privaten Hochschulen sowie die Folkwang-Hochschule als wesentlicher Bestandteil der Wissenschaftslandschaft stärker als bislang in die wissenschaftliche Metropolregion Ruhr einzubeziehen.

Mit einer gemeinsamen Marke ist nicht ein verstärkter Fusionsprozess mit übergreifenden Strukturen gemeint. Sinnvoller erscheint neben dem Gebot der Profilierung eher eine arbeitsteilige und ressourcenschonende Kooperation zwischen den Standorten in den Bereichen Lehre, Forschung und Transfer.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind wesentlicher Bestandteil der Wissenschaftsregion Ruhr. Die Zusammenarbeit mit den Universitäten muss in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht gestärkt werden. Wichtig bleibt vor allem die Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen. Ziel neuer Ansiedlungen muss es auch sein, durch gezielte Kooperationen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine erfolgreiche Teilhabe der Metropole Ruhr an nationalen und internationalen Forschungsprogrammen sicherzustellen. Aufgabe des RVR muss es sein, diese Wissenschaftsregion Ruhr koordiniert zu vermarkten, die Vielzahl der Einrichtungen in einer abgestimmten Kommunikationsstrategie im Wettbewerb der Regionen hervorzuheben, gemeinsame Initiativen zu fördern und somit insgesamt neue Fachkräfte für die Region zu gewinnen.

Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ist elementarer Bestandteil einer wissenschaftlich geprägten Metropolregion. Das Ruhrgebiet hat nach wie vor noch ungehobene Potentiale zur Ansiedlung von wachstumsstarken kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie zum Ausbau der Gründermentalität.

Es gilt daher, die bestehende Unterstützungsstruktur für Gründerinnen und Gründer und kleine Unternehmen weiter auszubauen und treffsicherer zu gestalten, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologiezentren und die relevanten Cluster wie Brancheninitiativen stärker in das Gründungsgeschehen einzubeziehen und Beiträge zur Sicherung der Finanzierung innovativer Unternehmensgründungen – von der Gründungsphase bis in die Wachstumsphase – zu leisten.

Zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Wissenschafts- und Forschungsmetropole Ruhr muss die Modernisierung der Hochschulbauten dringend vorangetrieben werden.



ACHTENS

METROPOLE RUHR -

FÜR EINE GELEBTE INTEGRATION IN EINER VIELFÄLTIGEN REGION

Gerade im Ruhrgebiet wissen die Menschen, wie Integration gelingen kann. Über ein Jahrhundert lang ist eine große Anzahl an Menschen aus Osteuropa zu uns eingewandert. Viele davon wollten zunächst unter sich bleiben, haben sich aber mittlerweile gut integriert. Dreh- und Angelpunkt ist bei der Integration insbesondere die Sprache. Mit unserer Erfahrung müssen wir darauf achten, dass der Sprachförderung in der Metropolregion besonderes Gewicht beigemessen wird, um Sprachbarrieren in der Kommunikation und beim Kontakt entgegenzuwirken.

Die Integration geflüchteter und zugewanderter Menschen ist eine der größten und gleichzeitig auch der aktuell spannendsten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Neben der Integration durch Zugang zum Arbeitsmarkt und damit der Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, stellt die Integration in die Kultur unseres Landes eine weitere Säule der Integrationspolitik dar. Der Zugang zu Vereinen und anderen kulturellen Gruppen sowie die Möglichkeit, Kultur selbst zu erleben, sei es im Theater oder beim Konzert, schlägt eine Brücke zwischen heimischen und der zu integrierenden Bevölkerung.

Besonders im Ruhrgebiet, wo schon seit Jahren ein gemeinsames Miteinander anstatt eines Gegeneinanders gelebt wird, ist die Bedeutung von Kultur und Sport für die Integration unübersehbar. Auch die ersten „Gastarbeiter“ wurden vor über 60 Jahren schnell in Fußballvereine und kulturelle Vereinigungen aufgenommen und lernten somit die neue Heimat ganz anders und im direkten Austausch mit ihren Nachbarn kennen. Die persönliche Nähe zwischen angestammter und zugezogener Bevölkerung gilt es zu fördern und auszubauen. Das gemeinsame Erleben kultureller Güter und der direkte Austausch bauen auf beiden Seiten etwaige Ressentiments ab und stärken das gemeinsame Miteinander.

Grundlage der Zusammenarbeit bei uns ist die Werteordnung des Grundgesetzes, deren Anerkennung wir erwarten und durchsetzen müssen. Desintegrierten Parallelgesellschaften, Islamismus und Großfamilienclans mit ihren eigenen Rechtsvorstellungen werden wir konsequent entgegenreten. RVR-Programme mit Migrationsbezug müssen auf diesem Grundverständnis beruhen und regelmäßig evaluiert werden.



NEUNTENS
METROPOLE RUHR –

FÜR EINE LEBENDIGE UND VIELFÄLTIGE KULTUR

Das Kulturhauptstadtjahr im Ruhrgebiet liegt mittlerweile zehn Jahre zurück. Die größte Leistung der RUHR.2010 GmbH beruhte darin, die Gemengelage unterschiedlicher wenn auch nicht widerstrebender Einzelinteressen gebündelt zu haben. 53 Städte übten damals den Schulterschluss. Das Projekt RUHR.2010 hat eindrucksvoll aufgezeigt, welche Chancen die Metropole im Bereich der Kultur bietet. Interkommunale Kooperationen und nachhaltige Projekte müssen immer wieder aufs Neue entwickelt werden.

Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit bei Kulturangeboten

Das Ruhrgebiet verfügt mit den Musik- und Stadttheatern in Bochum, Dortmund, Duisburg/Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Moers und Oberhausen sowie dem Westfälischen Landestheater Castrop-Rauxel und dem privat und öffentlich getragenen Theater an der Ruhr in Mülheim über eine hochwertige Theaterlandschaft. Diese Stärke lässt sich durch eine Optimierung der regionalen Zusammenarbeit weiter ausbauen. Die FDP im Ruhrgebiet schlägt daher vor, die bestehenden kulturellen Einrichtungen besser zu vernetzen und Synergien stärker zu nutzen.

Das 2015 gegründete Theaternetzwerk RuhrBühnen muss dazu weiter ausgebaut werden. In diese Kooperation sollten auch privat getragene Bühnen einbezogen werden. Nach einer umfassenden Effizienzanalyse sollte geprüft werden, ob das Theaternetzwerk nicht in eine Theaterholding Ruhr fortentwickelt werden kann, unter deren Dach sich die Theater mit ihren weiterhin eigenen künstlerischen Profilen finden, um im technischen Bereich wie auch im Gebäudemanagement betriebswirtschaftliche Optimierungseffekte zu erzielen. Es geht dabei keines Falls um eine künstlerische Zusammenlegung, sondern um eine kostensparende organisatorische Kooperation. Diese Kooperation kann sich dabei auf Marketing, Ticketverkauf, Technik als auch auf den Werkstättenbetrieb erstrecken.

Auch in weiteren Kulturbereichen sollte stärker auf interkommunale und vor allem regionale Zusammenarbeit gesetzt werden. Bedarfe sollten nicht nur innerhalb von Stadtgrenzen gedacht werden. Zudem kann und muss nicht jede Stadt alles anbieten.

Exzellenzförderung im Kulturbereich

Die FDP im Ruhrgebiet spricht sich für eine Exzellenzförderung im Kulturbereich aus, wie es sie bei den Universitäten bereits gibt. Diese soll den Wettbewerb zwischen den Städten des Ruhrgebiets für und um die beste Kultur fördern. Ansätze dazu gibt es bereits durch die neue Konzeptförderung durch das Land Nordrhein-Westfalen, bei der sich Theater mit zukunftsweisenden Ideen bewerben können. Eine weitere Exzellenzförderung der Theater, die alle drei Jahre durch das Land neu ausgeschrieben wird, kann die einzelnen Städte und Theater, unabhängig ob privat oder kommunal, motivieren, ihr Programm unter anderem nach bestimmten Kriterien zu optimieren. Auch auf andere Kultursparten ließe sich ein solcher Wettbewerbsgedanke übertragen.

Stärkung der Kreativwirtschaft, Schaffung von bedarfsgerechten Quartieren

Zur Stärkung der Kreativwirtschaft als Wirtschaftsbereich, dessen Produkte und Leistungen geistig schützenswertes Eigentum sind, brauchen wir im Ruhrgebiet Quartiere, die für diese Szene attraktiv sind. Durch diese Szene gelingt es, dass Kreativität und Ökonomie ineinander greifen. Preiswerte Ateliers, Werkstätten und Büros sind auch in guter Lage im Ruhrgebiet zu haben – auf diese Quartiere muss sich die Förderung im Bereich der Kreativwirtschaft konzentrieren, um attraktive Standorte für Talente anzubieten.

Kunst ist nicht nur das, was der Staat bezahlt. Viele Akteure der Kreativwirtschaft bekommen keine Subventionen, aber sind wertvolle Kulturanbieter. Die freie Szene, private Bühnen und Konzertveranstalter sowie Clubbetreiber wurden viel zu lange nach den herkömmlichen Denkmustern nicht als Kulturanbieter gesehen. Das will die FDP im Ruhrgebiet im Rahmen eines ganzheitlichen Kulturverständnisses ändern. Der Zugang zu den Kulturmarketingportalen und Förderprogrammen sollte daher diskriminierungsfrei öffentlichen Anbietern, freier Szene und privaten Anbietern gleichberechtigt zur Verfügung stehen.

Digitalisierung als Möglichkeit künstlerischer und kultureller Vermittlung

Die Digitalisierung verändert auch den Kunst- und Kulturbereich. Dabei ist nicht nur die Produktion von Kunst betroffen. Vielmehr erweitert die Digitalisierung auch unsere Möglichkeiten, Kunst und Kultur zu vermitteln. Digitale Angebote können sowohl das kulturelle Erbe besser schützen als auch leichter zugänglich machen. Die Ruhrkunstmuseen können dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie sowohl ihre Dauer- als auch ihre Sonderausstellungen virtuell erlebbar machen. Die Bibliotheken im Ruhrgebiet sollten noch ihre Vernetzung weiter ausbauen und sich grundsätzlich vollkommen neu ausrichten. Eine virtuelle Ruhrbibliothek als Zusammenschluss aller Bibliotheken im Ruhrgebiet kann ein Angebot unterbreiten, das längst nicht mehr an die Öffnungszeiten vor Ort gebunden ist.

Vermarktung der Kulturmetropole als Hauptaufgabe

Die Kulturpolitik des Regionalverbandes Ruhr muss sich zum Ziel setzen, eine Klammer für die verschiedenen Angebote in den Kommunen zu bieten, um so die Vermarktung und Kooperation national und international zu erleichtern. Das Ruhrgebiet braucht dazu weiterhin symbolträchtige Bannerträger, um die Stärke und Vielfältigkeit der Kulturmetropole zu vermitteln. Gerade die Fortentwicklung des industriekulturellen Erbes übernimmt dabei eine tragende Rolle als besonderes Alleinstellungsmerkmal. Langfristiges Ziel muss es daher sein, die „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ auf der deutschen Tentativliste für das UNESCO-Weltkulturerbe zu platzieren. Aber auch Veranstaltungsformate wie die Ruhrgames als Symbiose aus Kultur- und Sportbelangen, die ExtraSchicht, der Day of Song oder der Tag der Trinkhallen leisten einen erheblichen Beitrag zur Kulturvermarktung des Ruhrgebiets. Konzepte dürfen dabei nicht statisch sein, sondern müssen immer wieder evaluiert und angepasst werden. Die Schaffung neuer und zusätzlicher Angebote durch den Regionalverband, die in Konkurrenz zu bereits bestehenden Angeboten in den Kommunen stehen, lehnen die Freien Demokraten hingegen ab.

FÜR EINE ATTRAKTIVE FREIZEIT- UND TOURISMUSREGION

Das Ruhrgebiet ist eine attraktive Region für den Tourismus. Die Übernachtungszahlen in den Städten und Gemeinden belegen dies bereits. Das Ruhrgebiet weist schon jetzt viele attraktive touristische Angebote auf. Die Museen, die Kulturszene inklusive der Industriekultur, aber auch Sportangebote und die Revierparks ziehen jährlich zahlreiche Besucherinnen und Besucher an.



IGA 2027 als Chance für den Tourismus in der Metropole Ruhr nutzen

Um auch in Zukunft weiterhin als Metropolregion für den Tourismus attraktiv zu sein, begrüßen wir die Initiative zur Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung 2027. Diese bietet für die Region eine große Chance, sich einem breiten Publikum aus einer anderen Perspektive zu zeigen. Die Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung darf jedoch nicht zum Prestigeprojekt einzelner Player werden, sondern sollte vielmehr als Projekt für alle im Ruhrgebiet verstanden werden.

Viele der Angebote für die Freizeitgestaltung im Ruhrgebiet werden durch den Regionalverband Ruhr organisiert. Dabei gibt es verschiedene Träger innerhalb der Verantwortung des Regionalverbands Ruhr. Etwaige Beteiligungen des Regionalverbands Ruhr sollten mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen einer kritischen Prüfung unterzogen werden, gerade im Hinblick auf die Frage, ob solche Strukturen notwendig sind.

Revierparks für die Zukunft fit machen

Gerade in den Revierparks müssen die Strukturen näher in Augenschein genommen werden. Die Revierparks leisten ihren Beitrag zur Freizeitgestaltung in der Region. Aber auch diese Einrichtungen müssen für die Zukunft fit gemacht werden. Dabei gilt es, auf Basis einer Evaluation für die einzelnen Einrichtungen Konzepte zu entwickeln, wie diese langfristig tragbar sein werden. Das schließt die Frage mit ein, ob die Angebote auch durch private Träger zur Verfügung gestellt werden können. Diese Möglichkeit der Privatisierung darf bei der konzeptionellen Weiterentwicklung nicht außer Betracht gelassen werden.

eSports als wichtigen Freizeitfaktor für die Region erkennen

Das Ruhrgebiet ist nicht nur die Region vieler Fußballclubs, sondern ist darüber hinaus Heimat für viele verschiedene andere Sport- bzw. Freizeitvereine. Hierbei zeigt sich auch, dass die Freizeitgestaltung der Zukunft sich anders darstellen wird als bisher. Immer mehr Kinder, Jugendliche und sogar auch Erwachsene finden großen Gefallen an sogenannten eSports. Die FDP im Ruhrgebiet spricht sich dafür aus, dass eSports als gleichberechtigte Freizeitaktivität und Sportart unterstützt werden und würde zugleich deren Anerkennung durch den DOSB (Deutscher Olympischer Sportbund) begrüßen.

Olympiabewerbung Rhein/Ruhr 2032 unterstützen

Die FDP im Ruhrgebiet spricht sich für die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region zur Ausrichtung der Olympischen Spiele 2032 aus. Die bereits vorhandene Sportstätteninfrastruktur bietet eine ideale Voraussetzung dafür. Auf Basis der guten Argumente streben wir eine Volksbefragung an und werben politisch für deren positiven Ausgang.

Ihre
Erste Wahl
fürs Ruhrparlament.

IMPRESSUM

FDP im Ruhrgebiet, Alfredstraße 31, 45127 Essen
www.fdp2020.ruhr

**Freie
Demokraten**

FDP

Eine

Metropole

im Aufbruch

darf nicht

im Stau

stecken.

Jetzt erst recht.